



21/SN-194/ME

## ÖSTERREICHISCHER RECHTSANWALTSKAMMERTAG

1010 WIEN, ROTENTURMSTRASSE 13 (ERTLGASSE 2), POSTFACH 612, TELEFON 63 27 18, DW 23

Zl. 361/85

GZ. 2932/85

Datum: 22. NOV. 1985

Verf. 22. NOV. 1985

An das

Bundesministerium für Handel,  
Gewerbe und IndustrieSchwarzenbergplatz 1  
1015 W i e nZu Zl.: 51.010/55-V/1/85Betrifft: Entwurf einer Novelle zum Fernwärmeförderungsgesetz

Sehr geehrte Herren!

Der Österreichische Rechtsanwaltskammertag dankt für Ihre Zuschrift vom 9. September 1985 und nimmt zum Entwurf einer Novelle zum Fernwärmeförderungsgesetz Stellung wie folgt:

- 1) Schon die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen waren befristet; durch die Novelle soll die Geltungsdauer des Gesetzes - abermals befristet - erstreckt werden. Es ist kein Grund einzusehen, warum dieses Gesetz nicht mit unbefristeter Geltung ausgestattet werden soll; Fernwärmeförderung ist ein permanentes öffentliches Anliegen.
- 2) § 1 des Entwurfes ist - dies auszuführen sei dem Österreichischen Rechtsanwaltskammertag gestattet - geradezu ein Schulbeispiel für mißglückte Gesetzestheorie. Die laufende Wiederholung der Wortteile "Fernwärme" und "Investitionen" führt zu einer Aufblähung dieser Gesetzesbestimmung. Der

- 2 -

Genetiv des Wortes Fernwärmeversorgungspotential ist falsch gebildet. Der Satzteil "Ein Teil dieser Investitionen ..." gibt zu Unklarheiten Anlaß. Bezieht sich der letzte Nebensatz auf Zeitabschnitt oder auf Teil (dieser Investition)?

3) Der Entwurf unterläßt das Herausstellen gleichlautender Worte bei Aufzählungen so wie etwa die Begriffe "Herstellung" und "Anschaffung" im §§ 2, 3.

4) Was sind "sonstige Unternehmen" gemäß § 2 Abs. 3 außer Fernwärmeversorgungsunternehmen und Elektrizitätsversorgungsunternehmen - wenn es nicht Unternehmen sind, die im § 3 umständlich ohnedies umschrieben wurden?

5) Das Gesetz kann in allen Punkten wesentlich vereinfacht werden und dies sollte auch geschehen; sicher war die unglückliche Formulierung dieses Gesetzes schon in der Fassung BGBl 1982/640 Grund dafür, daß bereits bisher der förderbare Investitionsrahmen nicht ausgeschöpft wurde.

Der Österreichische Rechtsanwaltskammertag ersucht daher - bei voller Bejahung des Gesetzeszweckes - , die Textierung der Novelle neu zu überarbeiten und hiebei wesentlich zu vereinfachen.

Wien, am 1. Oktober 1985

DER ÖSTERREICHISCHE RECHTSANWALTSKAMMERTAG

Dr.SCHUPPICH  
Präsident